

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

**Rede von Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages,
anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 31. Mai 2017 in Nürnberg**

Herausforderungen 2020

(Einstieg)

- Lassen Sie uns bitte mal gemeinsam knapp 50 Jahre zurückgehen. Ins Jahr 1971. „Die Stadt von heute ist eine unvorstellbar teure Sache“ meinte der Ökonom John Kenneth Galbraith. Es gab zu der Zeit eine große Debatte über den Niedergang der Städte in den USA – und über die Frage, ob auch der Niedergang der europäischen Stadt drohe?
- Der Deutsche Städtetag hatte seine Hauptversammlung im selben Jahr in München. „Rettet unsere Städte jetzt“ lautete das Motto. In den Medien ging es damals um den Nahverkehr, der nicht aus den Kinderschuhen kam. Um eine Verwaltung, die ganz weit weg von den Bürgern war und um sterbende Flüsse. Hans-Jochen Vogel skizzierte den Übergang „von der Metropolis zur Nekropolis“, also der Totenstadt oder dem Gräberfeld – je nachdem, was Ihnen mehr behagt. Er meinte aber nicht München, sondern die Städte in den USA.
- Heute laufen andere Debatten – aber um Geld geht es nach wie vor. In dieser Woche werden die Bund-Länder-Finanzbeziehungen noch einmal durch die Medien gehen, eigentlich ein Großprojekt der Großen Koalition. Dann wird es ruhig werden um das Thema, das einmal das Zeug für einen echten Aufreger hatte.
- Die föderalen Finanzbeziehungen sind damit über 2019 hinaus neu geregelt.

Nun streitet man sich – Sieg oder Niederlage für den Föderalismus?

- Der Deutsche Städtetag sieht es pragmatisch. Ich denke, das ist auch richtig so. Denn auch der Föderalismus kennt seine Stimmungen und Gelegenheiten.
- Roland Koch wird aus der Föderalismuskommission I ein Zitat zugeschrieben. Er wolle „nie wieder von Bundesgeld bedroht werden“ soll er gesagt haben. Das war am Anfang des Jahrtausends, er war damals Ministerpräsident Hessens. Seine Nachfolger in der MPK scheinen diese Bedrohung äußerst gelassen zu sehen.

Was wurde denn nun beschlossen?

- Der Finanzausgleich zwischen den Ländern ist abgeschafft. Ein Ausgleich erfolgt durch Verteilung der Umsatzsteuer.
- Viele kleinere Töpfe wurden mitverhandelt. Die Ministerpräsidenten beherrschen die Grundrechenarten vorzüglich. Am Ende profitieren alle Länder: Planungssicherheit, mehr Geld, kein Streit mehr untereinander.

Und die Städte? Profitieren die auch?

- Immerhin 5 Mrd. Entlastung für die Kommunen pro Jahr. Das ist gut. Aber das wird schnell aufgefressen sein – Unterhaltsvorschuss und Bundesteilhabegesetz warten bereits.
- Und sonst? Was waren unsere Ziele?
- Kommunale Investitionen verbessern – strukturschwache Regionen stärken – Lösung des Altschuldenproblems. Das waren unsere drei Forderungen. Nicht trivial. Lösungen gibt es hier noch nicht, die Herausforderungen bleiben.
- Was verbindet unsere drei Themen? Das Verbindende sind die Unterschiede. Die zunehmenden Unterschiede zwischen Städten, Disparitäten hieß das bei der Hauptversammlung vor zwei Jahren in Dresden. Oder politischer: Die Idee der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Unser erstes Ziel – mehr kommunale Investitionen

- Wir sehen enorme Unterschiede zwischen den Ländern. Die Kommunen im Saarland investieren 170 Euro pro Kopf jährlich. In Bayern 510 Euro. Ein Verhältnis von 1 zu 3. Daher kommt unser berühmtes Bild der Schere, die immer weiter auseinandergeht. Es zieht sich durch alle städtischen Aufgaben hindurch, Schulen, Kitas, Straßen.
- Aber kann eine Region ohne ausreichende Infrastruktur attraktiv bleiben? Wohl kaum. Es geht letztlich um Entwicklungschancen von Regionen, von Städten. Und um die Startchancen unserer Kinder. Deshalb haben wir auch dem zweiten Investitionspaket über 3,5 Mrd. Euro für die Schulsanierung zugestimmt.
- Auf der langen Linie aber braucht es mehr als solche Programme. Einzelprogramme sind nicht kalkulierbar, sie sind kein gutes Fundament für Investitionsplanung und Personalplanung. Wir brauchen eine nachhaltige, dauerhafte Stärkung der

Investitionskraft.

- Und hüten wir uns vor einem rein technischen Verständnis von Investitionen – Eine Stadt mit guten Straßen ist besser als eine Stadt mit schlechten Straßen. Das ist klar. Aber auch gute Straßen sind erst einmal nur Kulisse. Sie will mit Leben gefüllt sein. Gerne mit prallem Leben. Beton ist eben nicht alles, es geht um lebenswerte Urbanität. Es geht um Zusammenhalt, um Kultur, um Mobilität – so auch gleich in den Foren und Exkursionen – es geht um Heimat – Zukunft – Stadt.
- Zurück zum Geld. Alle Länder erhalten ab 2020 mehr Geld. Alle Länder. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Landesregierungen zu sagen, was sie damit tun sollen.

Das zweite Ziel – strukturschwache Regionen stärken

- Anderes Thema, ähnliche Herausforderung. Es läuft gut an, weg von der Förderung nach Himmelsrichtungen Ost und West, hin zur Förderung bei strukturschwachen Regionen nach dem Kriterium Strukturschwäche.
- Das ist inzwischen Konsens. Erste Vorarbeiten sind gemacht. Das Thema gehört weit oben auf die Agenda der nächsten Bundesregierung.

Unser drittes Ziel – die Altschulden

- Vermutlich ist das unser schwierigstes Thema, vor allem wegen der sehr ungleichen Verteilung. Altschulden, schon das Wort klingt nicht gut. Es klingt kalt, technisch - es berührt einen nicht wirklich.
- Fragen wir uns doch mal ganz im Stillen: Interessieren die Altschulden in einzelnen Regionen Deutschlands die Bundesregierung? Interessieren die Altschulden in Rheinland-Pfalz die Bayerische Staatsregierung? Interessieren die Altschulden – Wuppertals?? – den OB von Nürnberg?
- Interesse ist bestimmt da. Aber Herzblut? Politische Unterstützung? Wohl nur, wenn deutlich wird, warum die Lösung des Altschuldenproblems Not tut.

Die Erzählung der Schulden ist die Erzählung der Entwicklungschancen

- Schauen wir kurz auf Europa, blicken wir auf Frankreich. Präsident Macron scheint ein Verständnis der Europäischen Union zu haben, das gemeinschaftliche Verschuldung einschließt. So klingt es.
- Da überholen sich die Push-Meldungen im Netz, es rauscht der deutsche Blätterwald. Franzosen sind unsere Freunde. Natürlich. Aber wollen wir Deutschen denn für französische Kredite bürgen, gar zahlen? Vermutlich gibt es hier im Saal unterschiedliche Antworten auf die Frage. Darum geht es aber auch nicht. Mich stört die Reihenfolge der Debatte.
- Wir können nicht zuerst über Instrumente sprechen, über Eurobonds oder ähnliche Dinge. Am Anfang muss die Frage nach dem Ziel stehen. Wie gehen wir mit dem Zustand der EU um? Glücklicherweise sind wir damit doch nicht.
- Was tun, wenn wir Europa wollen, aber sehen müssen, dass die Geschichte Europas als Friedensprojekt für junge Menschen nach Geschichtsbuch klingt? Das ist weit weg. Die Jugendarbeitslosigkeit in Teilen Europas aber ist handfest – bis zu einem Drittel in Italien. Sie vernichtet Startchancen.
- Eine neue Erzählung Europas muss her. Und wenn sich diese neue Erzählung abzeichnet, wenn sie zu leben beginnt, dann muss sie ausgefüllt werden. Zuerst müssen wir den Blick weiten, das Ziel bestimmen. Danach darf es gern enger und technischer werden. Und dann kommt sicher auch die Frage, was uns die Zukunft Europas wert ist.

(Altschulden – auch eine Geschichte der Entwicklungschancen)

- Warum erzähle ich das alles? Schauen wir wieder auf die Altschulden. Auf unsere Altschulden, wenn Sie erlauben. Könnte eine süddeutsche Fraktionsvorsitzende, deren Stadt es nicht schlecht geht, nicht genauso auf die Wuppertaler Altschulden gucken wie auf die französischen? Auch hier wird es auf die Argumentation ankommen.
- Fragen wir uns doch mal: Ist es uns bisher schon gelungen, die politische Sprengkraft dieses Themas zu verdeutlichen?
- Wir dürfen nicht sagen, ach, diese Altschulden – eine kaum lösbare Geschichte. Wir müssen von dem Risiko steigender Zinsen und sinkender Wirtschaftskraft sprechen.

Wir müssen deutlich machen, dass die Verschuldung mehrere Generationen von Ratsmitgliedern in die Verzweiflung treibt – das zerstört Engagement und macht Perspektiven zunichte.

- Jede Stadt braucht ihre Entwicklungschancen. Ohne lebenswerte Urbanität ist die europäische Stadt nicht denkbar – Städte brauchen lebendige öffentliche Räume, Grünflächen und gute Luft, Sie brauchen Kultur und Einzelhandel, brauchen Vereine.
- Städte brauchen eine lebendige Stadtgesellschaft, brauchen die Kraft zur Integration.
- Nur dann können sie Heimat und Zukunft sein. Und deshalb, deshalb ist Deutschland schlichtweg darauf angewiesen, dass es Entwicklungschancen für alle Städte gibt.
- Die Altschulden sind ein schwieriges Thema. Richtig schwierig. Einfache Lösungen wird es nicht geben. Aber ich bin zuversichtlich, dass es uns im Städtetag gemeinsam gelingen kann, diese Geschichte zu erzählen. Oder, selbstbewusster: Vermutlich kann es nur uns im Städtetag gelingen. Und nur gemeinsam. Nicht jammernd und jaulend, sondern selbstbewusst, fordernd und erklärend. Immer wieder erklärend.

(Herausforderungen 2020)

- Zurück zum Anfang. Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind neu geordnet. Unsere Arbeit fängt damit erst an: Es gilt, die Voraussetzungen für lebendige Städte zu schaffen. Wenn ich die Einigung zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Steuerschätzung nicht völlig falsch verstanden habe, dürfte das dafür notwendige Geld bei Bund und Ländern vorhanden sein.
- Und dann lassen Sie uns noch einmal ins Jahr 1971 zurückgehen. Der schon erwähnte amerikanische Berater John Kenneth Galbraith hat damals einen schönen Satz gesagt. „Man kann die Leistung einer Stadt nur am Glück ihrer Bevölkerung messen.“ Wir sagen es ähnlich: Heimat – Zukunft – Stadt.